

Die Sozialdemokratie und die Friedensmöglichkeiten.

Rede Troelstra auf der Internationalen Sozialistenkonferenz der Neutralen.

Die Internationale neutrale Konferenz in Amsterdam eröffnete der holländische Genosse Troelstra mit folgender Rede:

Troelstra begrüßt die Delegierten. Nach Schilderung der Wirkungen des Krieges führt er aus, daß die Sozialdemokratie in die Notlage hineingerissen worden sei. Zwar mahnt sie überall zur Mäßigung und fordert Bereitwilligkeit zu einem dauernden Frieden, aber einen geschlossenen Kampf führt sie nicht. Die erste Vorbedingung dazu, die internationale Verständigung, war bis heute nicht zu erreichen. In den kriegsführenden Ländern hat sich eine Kriegsideo-logie gebildet, deren Einfluß sich sogar gewisse sozialistische Kreise nicht ganz entziehen konnten. Es scheint, daß mancher Sozialdemokrat durch den herrschenden Burgfrieden die Kraft und Bedeutung der Arbeiterklasse als eines politischen Faktors ersten Ranges aus den Augen verloren hat.

Schon von Anfang des Krieges an hat das Exekutivcomité versucht, als

Friedenvermittler zwischen den Parteien der Internationale

tätig zu sein. Die nationalen Gegensätze waren aber bis heute noch zu stark. Es erwies sich sogar unmöglich, alle Parteien der kriegsführenden Länder zu Privatkonferenzen mit dem Exekutivcomité zu bewegen. Es war namentlich die französische Partei, die, solange französischer Boden von den Deutschen besetzt sei, jede auch indirekte Unterhandlung mit der deutschen Partei ablehnte und sich von diesem Standpunkt nicht abbringen ließ. Der inzwischen von mehreren angeschlossenen Parteien gestellten Forderung, eine vollständige Währungsunion einzuberufen, hat das Exekutivcomité nicht nachgegeben, in der Erwägung, daß ein mißlungener Versuch nur vom Uebel sein könnte. Wir hoffen aber, daß es dieser Konferenz gelingen werde, die Bedenken gegen eine sofortige brüderliche Aussprache zwischen den Vertretern der durch die Politik ihrer bürgerlichen Regierungen geschiedenen Bruderparteien zu beseitigen. Aus dieser heidauerlichen Sachlage hat man auf verschiedenen Seiten, besonders bei den vom Nationalismus berührten rechtsstehenden Genossen, gefolgert, die Internationale sei tot. Auch auf gewerkschaftlichem Gebiet äußert sich dieses Bestreben, unter anderem auf der Konferenz in Leeds, die einen Antrag auf Errichtung einer internationalen Gewerkschaftsunion in der Schweiz angenommen hat. Der Zweck scheint zu sein, die bestehende, alle Länder umfassende Gewerkschaftsinternationale

durch eine Teilunion zu ersetzen,

deren Internationalität darin bestünde, daß sie nicht mehr international wäre. Der „Tod“ der Internationale, den man in diesen Kreisen predigt, bedeutet nur, daß der internationale Gedanke bei ihnen selbst den Todeschlaf schläft. Die andere Todeserklärung der Internationale kommt von der linken Seite der Partei; wo man an die Notwendigkeit glaubt, die Taktik gegenüber der Nationalverteidigung und dem Militarismus in revolutionärem Sinn zu ändern.

Zweifellos wird der Krieg eine gründliche Diskussion dieser Fragen zur Folge haben. Aber ich glaube,

daß sie nicht auf Sonderkonferenzen einiger Gruppen und Parteien

zu lösen sind und eine Stellungnahme noch zu verfrüht ist. Wenn die Zeit dazu gekommen sein wird, wird die Internationale die Unzerstörbarkeit ihres Wesens eben dadurch zeigen, daß sie ihre Tätigkeit den neuen Verhältnissen anpassen und auch dort, wo die Meinungen auseinandergehen, die Einheit wahren wird. Als Kundgebung des Friedenswillens und als Aufruf zur sozialistischen Selbstbestimmung habe ich die Konferenz von Zimmerwald begrüßt. Ich meine aber, die sozialistischen Arbeiter warnen zu müssen vor dem Gebrauch, den gewisse intransigente Kreise davon machen, um das Vertrauen des Proletariats zu seinen Parteien und Organisationen zu untergraben und die Spaltung in die Parteien, in die Internationale hineinzutragen. Wenn das, was wir in jahrzehntelangen Kämpfen an sittlicher und intellektueller Erhebung, proletarischer Machtbildung, politischer Einsicht und Tatkraft in den arbeitenden Klassen errungen haben, in den Stürmen des Weltkrieges nicht zugrunde gehen soll, ist es unbedingt notwendig, die Einheit und das gegen-

seitige Vertrauen in den führenden Kreisen so gut wie nur möglich zu wahren.

Die zwei abgelaufenen Kriegsjahre haben gezeigt, daß die Lebensinteressen der Nationen, statt die Fortsetzung des Krieges bis zum Aeußersten zu fordern, eine baldige, ja die sofortige Beendigung fordern. Für alle Teilnehmer am Kriege ist die Aussicht auf einen endgültigen Sieg immer mehr illusorisch. Wohl ist der Höhepunkt der Kriegserfolge der Zentralen vielleicht überschritten; aber wie lange muß der Krieg noch dauern, damit die Ententemächte gegenüber Deutschland jene Position einnehmen, die dieses jetzt ihnen gegenüber hat! Es steht wohl fest, daß, je länger dieser Krieg dauert, desto mehr die Bedeutung der russischen Heere und damit des Zarismus für die Ententemächte zunimmt. Sind dies angenehme Perspektiven für uns Sozialisten? Und wird nicht eine so lange Fortsetzung des Krieges, als zu einer gründlichen Aenderung der Kriegslage notwendig ist,

so viel neue Opfer an Blut und Geld

fordern, daß es ein Verbrechen würde, für jeden zweifelhaften Erfolg Europa zum Ruin zu führen?

Wir verstehen die Chauvinisten und auch die Schwäche der Regierungen und der gemäßigten bürgerlichen Parteien ihnen gegenüber. Aber die Sozialdemokratie darf den herrschenden Klassen nicht blindlings auf dem Weg zum Verderben folgen, sondern muß in jeder Phase des Krieges die Frage seiner Fortsetzung nach seinen Aussichten und gemäß den wirklichen Volksinteressen prüfen, und wir sind der festen Ueberzeugung, daß eine derartige Prüfung im jetzigen Augenblick dazu führen muß, daß die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder ihre Freiheit gegenüber den eigenen Regierungen und bürgerlichen Parteien zurücknehmen und sich miteinander über die Herbeiführung eines

dauernden, das heißt auf den Hauptforderungen des internationalen sozialistischen Friedensprogramms aufgebauten Friedens verständigen.

Dieses Programm, beruhen auf der Resolution des Internationalen Sozialistischen Kongresses von Kopenhagen (1910), ist während des Krieges von den französisch-englisch-belgischen Parteien in London, von den österreichisch-deutschen Parteien in Wien und von den skandinavisch-holländischen Parteien in Kopenhagen bestätigt worden. Dieses Programm von 1910 verpflichtet die parlamentarischen Vertretungen der sozialistischen Parteien, zu wirken für: obligatorische Schlichtung aller Konflikte zwischen den Staaten durch internationale Schiedsgerichtshöfe; fortwährende Arbeit in der Richtung der allgemeinen Abrüstung und vor allem für den Abschluß von Uebereinkommen zur Beschränkung der Rüstungen zur See und zur Abschaffung des Prisenrechtes; Abschaffung der Geheimdiplomatie; Autonomie aller Völker und ihre Verteidigung gegen jede Vergewaltigung und Unterdrückung.

Dieses Friedensprogramm kann schwerlich seine Durchsetzung von der Kriegsgewalt einer der kämpfenden Parteien erwarten, sondern nur von der Erkenntnis, daß sich der Krieg selbst überlebt hat, dank der Vervollkommnung der Technik und infolge der Staatengruppierungen, die keinen Sieg ohne den eigenen Ruin zulassen. Kein dauernder Friede also auf der Basis der „Kriegskarten“ oder der „Vernichtung des deutschen Militarismus“. In allen Ländern fordert man Garantien und einen Frieden, der das vergossene Blut wert sei. Welcher Friede aber könnte bessere Garantien geben und das vergossene Blut besser vergelten als einer, der den Krieg endgültig besiegt? Deshalb sollte diese Konferenz der Sozialdemokratie der kriegsführenden Länder nicht nur die Notwendigkeit des Erstrebens eines solchen Friedens klar machen, sondern auch die Ueberzeugung aussprechen, daß der Zeitpunkt, ihn zu schließen, gekommen ist. Falls die sozialistischen Parteien nicht rechtzeitig in einer Vollversammlung des Internationalen Sozialistischen Büros gemeinsam Stellung zum Friedensschluß nehmen, ist zu fürchten,